

»Auch ich hätte mir mehr Protest gewünscht«

Die Verlängerung der Exzellenzinitiative wurde beschlossen. Partei Die Linke macht mit. Ein Gespräch mit Christian Schaft

Interview: Simon Zeise



Foto: privat

Christian Schaft ist wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz wurde am Donnerstag die Fortsetzung der Exzellenzinitiative beschlossen. Hamburg hatte zunächst ein Veto angekündigt, letztlich aber doch zugestimmt. Weshalb hat die Landesregierung in Thüringen, unter Führung der Partei Die Linke, auch dafür gestimmt?

In den kommenden Jahren fließen 533 Millionen Euro in die Hochschulen. Die Thüringer Linksfraktion hatte im Vorfeld das Nein aus Hamburg begrüßt. Insofern finde ich es schade, dass Hamburg doch noch umgekippt ist. Es sieht so aus, dass nun auch eine der Hamburger Hochschulen als Exzellenzuni gefördert werden wird. Ich hätte mir eine andere Positionierung Thüringens – aber auch der Landesregierung unter Beteiligung der Linken in Brandenburg – gewünscht. Die werden nicht von dem Paket profitieren. Es gibt zwar eine Protokollnotiz aus Thüringen, die aber auch nicht ausreicht. Wir brauchen ein anderes Finanzierungssystem. Das war aber mit dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium nicht zu machen.

Was fordern Sie stattdessen?

Die Exzellenzinitiative ist das Sinnbild der neoliberalen Hochschulpolitik. Das stellen wir auf Bundesebene seit Jahren klar. Anstatt die 533 Millionen Euro in die Grundfinanzierung der Hochschulen zu stecken oder den wissenschaftlichen Nachwuchs besser zu bezahlen, steht die

Einwerbung von Drittmitteln im Vordergrund. Die Ungerechtigkeit im Finanzierungssystem wird gefördert. Eine solide finanzielle Ausstattung in der Breite wäre stattdessen nötig.

Auf Bundesebene ist Die Linke gegen die Exzellenzinitiative – sobald sie an einer Landesregierung beteiligt ist, dafür. Hat die Partei ein Glaubwürdigkeitsproblem?

Das würde ich nicht sagen. Ich habe meine Position im Rahmen der Linksfraktion deutlich gemacht. Von dieser Position wurde abgerückt. Jetzt muss klar getrennt werden zwischen dem, was als Kompromiss in der Landesregierung möglich war, und unserer Haltung als Partei. Wir werden die Exzellenzinitiative weiterhin kritisch betrachten.

Wie können die Studienbedingungen in Thüringen jetzt noch verbessert werden?

Da sind wir gerade noch im Prozess. Wir wollen im kommenden Jahr eine Novellierung des Hochschulgesetzes vornehmen. Im neuen Gesetz sollen die Langzeitstudiengebühren wegfallen und eine Studierbarkeitsgarantie, die es beispielsweise ermöglicht ein Studium in der vorgesehenen Regelzeit tatsächlich zu absolvieren, die auch die Studierendenvertretung fordert, enthalten sein. Ziel der Landesregierung war es, erneut ein einzelnes Projekt, sogenannte Exzellenzcluster, in Jena einzuwerben. Thüringen und Brandenburg werden von der Exzellenzinitiative kaum berücksichtigt. Im bundesweiten Vergleich werden die beiden Länder weiter hinterherhinken. In Thüringen haben wir bis 2019 rund 190 Millionen Euro in die Grundfinanzierung der Hochschulen investiert. Das sichert den Status quo.

Hamburg hat geschickt agiert. Wen man so will, hat Olaf Scholz gepokert und letztlich mehr für sein Land rausgeholt. Warum hat Ramelow sogar darauf verzichtet?

Auch ich hätte mir mehr Protest gewünscht. Warum so wenig passiert ist, kann ich nicht beurteilen. Als Abgeordneter habe ich zu wenig Einblick in die Absprachen in der Regierung. Auch in Thüringen hätte man das Hamburger Modell nachmachen können. Jetzt wird man in Thüringen maximal die Möglichkeit haben, ein paar Exzellenzcluster einzuwerben. Am Ende wird man abrechnen müssen, was die Exzellenzinitiative gebracht hat. Wenn die nächste Förderperiode 2019 beginnt und sich zeigen wird, ob Thüringen überhaupt profitiert, werden wir den Finger in die Wunde legen.

Hatten Sie im Vorfeld der Abstimmung Ihre Bedenken gegenüber dem Ministerpräsidenten geäußert?

Wir haben zusammen mit den Grünen gegenüber dem Wirtschaftsminister unsere Haltung deutlich gemacht. Es wurde schnell klar, dass die Positionen zu weit auseinander lagen. Auch gegenüber der Staatskanzlei haben wir versucht, unsere Meinung klar zu sagen. Enttäuscht bin ich, aber wir werden uns weiterhin nicht unterkriegen lassen. Es bleibt zu bewerten, was am Ende dabei herausgekommen ist. Zunächst werden wir in der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung und Hochschule darüber sprechen und auch auf dem Landesparteitag dazu positionieren. Das sind Diskussionen, die wir weiter führen müssen.